

Thema Windkraft vertagt

Ausgleichszahlungen:
Weitere Verhandlungen

Flörsbachtal (rim). Am Donnerstagabend wollten die Flörsbachtaler Gemeindevertreter ursprünglich entscheiden, wie es mit dem Genehmigungsverfahren Windpark Roßkopf weitergeht. Diese Diskussion verschoben die Parlamentarier. Der Grund war ein Antrag der SPD, vor der Entscheidung für oder gegen ein gemeindliches Einvernehmen weitere Vertragsverhandlungen mit dem Pächter und der Gemeinde Jossgrund über die Ausgleichszahlungen aus Pachteinnahmen zu führen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vor vier Jahren haben die Gemeinden Jossgrund und Flörsbachtal entschieden, 18 Windkraftanlagen im Gemeindewald von Jossgrund aufstellen zu lassen. Der Gemeindewald liegt auf Flörsbachtaler Gemarkung – beide Gemeinden hätten von den Einnahmen profitiert. Im Lauf des Genehmigungsverfahrens allerdings gab es wesentliche Änderungen der Pläne, sodass derzeit nur noch sechs Anlagen im Gespräch sind. Die Standorte der Windräder befinden sich in der Nähe der Gemeinde Flörsbachtal – allerdings ohne Vorteile für diese. Jene Anlagen, die auf Flörsbachtaler Gemeindefläche geplant waren, sind weggefallen. Die sechs übrigen Windräder befinden sich auf dem Gelände von Hessen Forst und Jossgrund. Dadurch bleibt der finanzielle Profit für Flörsbachtal aus (die GNZ berichtete). Das Regierungspräsidium hat die Gemeinden aufgefordert, zu entscheiden, ob sie den Planungen das Einvernehmen erteilen. „Die Vertragsverhandlungen sind noch nicht ausführlich genug geführt worden“, befand Sibylle Hergert (SPD). Deshalb müsse die Diskussion um das Einvernehmen vertagt werden, und Bürgermeister Soer solle zunächst weitere Verhandlungen mit der Gemeinde Jossgrund führen. Soer stimmte dem zu. „Auf Gemeindeeigentum entsteht kein Wert, daher ist die Bitte legitim.“ Soer bat um Hilfe bei den Verhandlungen. Unterstützen werden ihn Sibylle Hergert und Harald Krostewitz (BLF). Zudem soll um eine Fristverlängerung beim Regierungspräsidium gebeten werden.

GNZ 28.10.2017